

SP bringt Antrag im Landtag ein ● Oberösterreicher sollen

# Rechte für Bürger werden

Die SP lässt sich dieses Thema nicht mehr aus der Hand nehmen: Ende September will die Partei einen Antrag im Landtag einbringen, der die Rechte der Oberösterreicher stärken soll. Wie berichtet, sollen die Hürden für Volksbefragungen gesenkt werden, und auch auf Gemeindeebene will man Bürger mehr mitreden lassen.

Sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene sollen die Bürger künftig aktiv mitmischen: Der SP schwebt vor, dass die Unterschriften von zwei Prozent

der Wahlberechtigten ausreichen sollen, um Initiativen verpflichtend zu behandeln. Bei Bürgerbefragungen soll die Zugangshürde vier Prozent betragen. Heißt in

der Praxis: 40.000 Unterschriften sollen auf Landesebene künftig ausreichen, um eine Volksbefragung zu starten. Aktuell beträgt diese

VON ROBERT LOY

Hürde acht Prozent – weshalb es fast unmöglich ist, auf die Politik einzuwirken.

Unterstützung für ihren Vorschlag bekommen die

Stronach-Nationalrat kämpft gegen TTIP-Pakt:

## Aufruf an die Gemeinden

Mehr als 500.000 besorgte „Krone“-Leser haben bereits gegen die transatlantischen Handelspakete TTIP und CETA unterschrieben. Nun regt der aus Regau stammende Team-Stronach-Nationalrat Leo Steinbichler „überparteilich“ entsprechende Resolutionen aller Städte und Gemeinden quer durch ganz Österreich an.

„Diese Aktion ist eine rein überparteiliche Anregung als Abgeordneter, der sich besonders mit Lebensmitteln und deren Erzeugung, mit Umweltstandards, aber auch mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser bedrohlichen Freihandelsabkommen beschäftigt“, sagt Steinbichler.

Einige Gemeinden, etwa Engerwitzdorf im Bezirk

Urfahr, haben bereits Resolutionen gegen die Handelspakete beschlossen, diese legt Steinbichler „als Muster“

Karikatur: Milan A. Ilic



Oberösterreichs VP ringt um Distanz zum „Bundespolitiker“ Mitterlehner

● Im Außenbild haben die Schwarzen vor allem bei Frauen große Schwächen

wohl die größte Gefahr ist, dass die Landes-VP künftig mit der – vom aktuellen

Wählerzuspruch nur halb so kleinen – schwarzen Bundespartei identifiziert wird.

**Post**  
VON  
**JEANNÉE**

Lieber „Django“  
Mitterlehner  
(Teil zwei),

die stärksten und klarsten Worte Spindis anlässlich seines Rücktritts lauteten:

„Eine Reichensteuer würde zur Folge haben, dass die Vermögenden unser Land verlassen und die Arbeitslosen bleiben. Aber nicht mit mir.“

Ihre stärksten und klarsten Worte anlässlich Ihrer Kür zum neuen ÖVP-Chef lauteten gestern im „Kurier“:

„Wir haben eine klare Festlegung in der Partei, dass wir keine Vermögenssteuer, keine Schenkungssteuer und keine Erbschaftssteuer wollen. Zum jetzigen Zeitpunkt schließe ich daher all diese Steuern kategorisch aus.“

Django, wie er lebt und lebt – kompromisslos, wenn's um sein Weltbild, seine Überzeugung geht.

Ein Schuss aus der Hüfte in Richtung des linkslinken Populismus von Faymann und seinen Genossen, für die das Vermögen der „Gstopften“ billiges parteipolitisches Kleingeld ist, mit dem sie bei den nächsten Wahlen in den Gemeindebauten, an der Basis zu punkten hoffen.

Spindi schmiss hin, weil er sich zu schwach fühlte, den Roten diesbezüglich erfolgreich Paroli zu bieten. Den Roten, die es nun mit Ihnen zu tun haben...

... und wenn Sie statt „zum jetzigen Zeitpunkt“ die Formulierung „zu keinem Zeitpunkt“ gewählt hätten, dann wäre ich mir nicht wie jetzt zu neunzig Prozent sicher, dass Sie der richtige Mann auf dem richtigen Platz sind, sondern zu einhundert Prozent.

Herzlich,  
Ihr